

# femmes protestantes

## Vernehmlassungsantwort Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz

triage@sepos.admin.ch

31. März 2026

femmes protestantes dankt für die Einladung zur Stellungnahme. Als feministische Organisation setzen wir uns für eine Friedenspolitik ein, die Sicherheit ganzheitlich und aus feministischer Perspektive denkt. Doch die vorliegende Strategie bleibt hinter diesem Anspruch zurück:

Sie reduziert Sicherheit auf staatliche Sicherheit – und ignoriert damit systematisch die menschliche Sicherheit. Doch umfassende Sicherheit basiert auch auf sozialer und geschlechtsspezifischer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Stabilität und ökologischer Resilienz.

Die Folgen sind gravierend: Fehlende Investitionen in Konfliktprävention, Friedenskonsolidierung und nachhaltige Entwicklung schaffen neue Risiken – und verursachen langfristig höhere Kosten. Diese Lücken gefährden die umfassende Sicherheit der Schweiz.

### Unsere Forderungen:

**Die Strategie muss dringend um einen ganzheitlichen Sicherheitsansatz** erweitert werden. Beiträge an Friedensarbeit, internationale Zusammenarbeit, Klimaschutz, Gewaltprävention und die Partizipation marginalisierter Gruppen sind mindestens genauso zu gewichten.

**Rechtliche Verpflichtungen einhalten:** Die Strategie muss die EMRK, CEDAW, UN-Resolution 1325, die Istanbul-Konvention und die Agenda 2030 konsequent umsetzen – und strukturelle Gewalt sowie die Sicherheit marginalisierter Menschen sichtbar machen.

**Zivilgesellschaft einbeziehen:** Die Erarbeitung des Umsetzungsberichts muss partizipativ erfolgen – analog zur Gleichstellungsstrategie des Bundes.

Bei Fragen steht Ihnen Barbara Berger, Co-Geschäftsleiterin der femmes protestantes, gerne unter folgender E-Mail-Adresse zur Verfügung:  
[barbara.berger@femmesprotestantes.ch](mailto:barbara.berger@femmesprotestantes.ch)

Mit freundlichen Grüssen

Yvonne Feri  
Präsidentin

Barbara Berger  
Co-Geschäftsleiterin

# femmes protestantes

## Die Vorlage im Detail

(S. 6) Erstens gilt es, die Resilienz zu stärken. **Einerseits müssen** Verwundbarkeiten und kritische Abhängigkeiten **müssen** soweit möglich reduziert werden, damit die Schweiz weniger Angriffsflächen bietet und Schäden minimiert **werden sind**. Damit soll auch die Wahrscheinlichkeit verringert werden, dass Bedrohungen und Gefahren überhaupt eintreffen. **Andererseits gilt es, alles zu tun, um gewaltsame Konflikte und Gewalt zu verhindern und die eigene Resilienz der Schweizer Bevölkerung zu stärken.** Für die Umsetzung dieser ersten Stossrichtung sind sechs Ziele und 18 Massnahmen formuliert.

(S. 12) Die Schweiz ist mit einer Gleichzeitigkeit von inneren und äusseren Bedrohungen konfrontiert – sei es durch staatliche Akteure, Terrorgruppen oder radikalisierte Einzelpersonen, **diskriminierende Strukturen wie Sexismus, Rassismus, Ableismus und Klassismus, welche Formen von Gewalt darstellen,** Desinformation und Sabotage bis hin zu militärischer Gewalt. Eine umfassende sicherheitspolitische Antwort ist erforderlich und daher folgt diese Strategie dem Ansatz der umfassenden Sicherheit.

(S. 13) Im Unterschied zur früheren Gesamtverteidigung, die die Sicherheitspolitik der Schweiz im Kalten Krieg prägte, gehört zur umfassenden Sicherheit auch die internationale Zusammenarbeit, weil die meisten Bedrohungen grenzüberschreitend sind. **Umfassende Sicherheit ist dabei viel mehr als die Abwesenheit von bewaffneten Konflikten, sondern umfasst die Prävention und Bekämpfung jeglicher Formen von Gewalt und die gewaltfreie Transformation von Konflikten, um einen langfristigen positiven Frieden zu sichern.** Dieser umfassende Ansatz darf nicht erst im bewaffneten Konflikt zum Tragen kommen. Er muss bereits gegenwärtige Bedrohungen abwehren und der **Vorbereitung auf Prävention von** künftigen Bedrohungen dienen. Dieses Zusammenwirken macht die Schweiz widerstands-, abwehr- und verteidigungsfähig.

(S. 13) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Die Sicherheitspolitik der Schweiz kann dabei auf verschiedene Mittel zurückgreifen, von der nachrichtendienstlichen Aufklärung, der Cyberabwehr, der Polizei und der Grenzsicherheit über die Armee und den Bevölkerungsschutz bis hin zur Aussenpolitik, **insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit, humanitären Hilfe und der Friedensförderung,** und wirtschaftlichen Massnahmen wie im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung.»

(S. 22) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Die politische Polarisierung gefährdet die Konsensfindung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit auch die politische Stabilität – bis hin zur Provokation von Hass und Gewalt in der Öffentlichkeit und im Privaten. Abstiegsängste oder das Gefühl von Ausgeschlossenheit können die Anfälligkeit für Extremismus und Radikalisierung erhöhen – **insbesondere rechte und rechtsextreme Kräfte verzeichnen einen starken Zulauf.** Neben der internationalen Tendenz zu gewaltbasierter Konfliktlösung besteht also die Gefahr, dass Gewalt, **insbesondere an**

# femmes protestantes

marginalisierte Gruppen wie Frauen, genderqueeren und migrantischen Personen, auch im Alltag im Inland zunimmt.»

(S. 22) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Die **dschihadistische** Terrorbedrohung in Europa dürfte sich in den nächsten Jahren immer wieder punktuell verschärfen. Auch der ethno-nationalistische **und rechtsextreme** Terrorismus bleibt in dieser Hinsicht von Bedeutung. **Rechtsextreme Akteure vernetzen sich zunehmend transnational – mit Europa und den USA als ideologische und organisatorische Zentren, von denen aus rechtsextreme Ideologien wie Islam- oder Transfeindlichkeit in die Welt exportiert werden. Sie alle eint der Hass auf die „globalen Eliten“, deren Einsatz für Menschenrechte und die dabei aus ihrer Sicht geförderten Gruppen wie Migrant:innen, Frauen und genderqueere Personen.»**

( S. 22) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Gewalttätige Banden agieren oft grenzüberschreitend und rekrutieren ihre Mitglieder aus marginalisierten **und wirtschaftlich benachteiligten** Stadtvierteln. ~~und Migrantengruppen. Immer häufiger greifen sie dazu auch auf Minderjährige zurück.»~~

(S. 23) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «In Regionen wie dem Sahel erhöht der Klimawandel, **welcher massivstarke Auswirkungen auf Frauen und Mädchen hat**, die Armut und den Migrationsdruck. **So müssen sie nach klimabedingten Katastrophen weite Strecken zurücklegen, um alternative Nahrungsquellen zu finden. Diese erhöhte Mobilität setzt sie diversen geschlechtsspezifischen Sicherheitsrisiken aus, darunter sexualisierte Gewalt.»**

(S. 23) Folgende Passage präzisierend ergänzen: In den letzten Jahren hat die Zahl der Menschen weltweit zugenommen, die aufgrund von bewaffneten Konflikten, schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen oder klimabedingten Faktoren auf der Flucht sind. ~~Migrationsbewegungen können auch sicherheitspolitische Auswirkungen haben. Sie werden teilweise als Druckmittel und Teil hybrider Konfliktführung instrumentalisiert. Auch kann es terroristischen oder gewalttätig-extremistischen Akteuren oder radikalisierten Einzelpersonen gelingen, im Zuge von Flucht- und Migrationsbewegungen unentdeckt nach Europa zu gelangen. Schleuserkriminalität und Menschenschmuggel werden meistens von kriminellen Netzwerken organisiert. Im Asylbereich beeinträchtigen niederschwellige Eigentumsdelikte, oft begangen von Wiederholungstätern aus bestimmten Staaten, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und schwächen das Vertrauen in das Asylsystem.~~ Geflüchtete Menschen sind sowohl auf der Flucht als auch im Ankunftsland spezifischen Sicherheitsrisiken ausgesetzt. Frauen, genderqueere Personen und Mädchen sind im Fluchtkontext überdurchschnittlich von geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung betroffen und haben oft nur eingeschränkten Zugang zu den Grundrechten. Auch der Schutz vor sexualisierten Übergriffen in Asylunterkünften ist in der Schweiz nicht durchwegs gewährleistet.»

(S. 25) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Freie politische Debatten und die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, ~~und~~ Gemeinden **und zivilgesellschaftlichen**

# femmes protestantes

**Organisationen** sind damit von grundlegender Bedeutung, auch für die Sicherheit der Schweiz.»

(S. 26) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «~~Die bewaffnete Neutralität fordert daher umso mehr Investitionen in die eigene Verteidigung.~~ Verschiedene europäische Staaten stellen heute infrage, ob die Neutralität der Schweiz auch der Stabilität in Europa dient. Insbesondere die Ablehnung von Anfragen für die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial an die Ukraine, welche in Zusammenhang mit der Neutralität gebracht wurde, führte zu Kritik seitens sicherheitspolitischer Partnerstaaten. ~~Eine erste konkrete Folge ist der Ausschluss der Schweizer Rüstungsindustrie bei vielen Ausschreibungen und aus Lieferketten von ausländischen Herstellern. Dies schwächt ihre Exportfähigkeit und beschränkt ihren Zugang zu europäischen Rüstungsgütern und -technologien – und dies in einer Phase, in der die rüstungspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU forciert wird. Die Schwächung der Rüstungsindustrie ist auch der Verteidigungsfähigkeit abträglich. Ausserdem trifft die hohe Nachfrage auf den Rüstungsmärkten allgemein derzeit auf ein begrenztes Angebot, was Beschaffungen verzögert und verteuert. Ganz grundsätzlich steigt der Druck auf die Schweiz, sich bei bestimmten Wirtschaftssektoren, Gütern und Technologien gegenüber Grossmächten und Wirtschaftsblöcken politisch zu positionieren, um den Zugang zu Forschung, Technologien, Märkten und Lieferketten zu wahren.~~ Und es wird erwartet, dass die Schweiz zur Wirkung von Sanktionsregimes beiträgt und deren Umgehung bekämpft – auch über den Krieg in der Ukraine hinaus. ~~Ein restriktives Kriegsmaterialgesetz ist im Sinne der humanitären Tradition der Schweiz als wichtig zu werten und soll nicht aufgrund von Profitinteressen der Schweizer Rüstungsindustrie gelockert werden. Ein wertebasiertes Handeln verstärkt die Sicherheit der Schweiz.»~~

(S.29 und 30) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Angesichts der Vernetzung der Schweiz kann auch eine Pandemie mit gravierenden Konsequenzen jederzeit auftreten. Naturgefahren dürften zunehmen, weil die Schweiz vom Klimawandel überdurchschnittlich betroffen ist. ~~Zudem stellt die aktuelle Zunahme von geschlechtsspezifischer Gewalt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die in der Schweiz lebenden Frauen, genderqueere Personen und Mädchen dar.~~ Die Gleichzeitigkeit und Kombination dieser Bedrohungen und Gefahren von aussen und innen, von staatlichen Akteuren, ~~Privatpersonen~~, terroristischen Gruppen bis hin zu Naturereignissen, von Beeinflussung und Desinformation, ~~über diskriminierenden Strukturen und Abkehr von Rechtstaatlichkeit, Menschenrechten und Völkerrecht~~, über Spionage und Sabotage bis hin zur militärischen Gewalt erfordern eine umfassende sicherheitspolitische Antwort.»

(S. 30) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Der Ansatz, die vorliegende Sicherheitspolitische Strategie 2026 umzusetzen, ist die umfassende Sicherheit. Das bedeutet, die Sicherheitspolitik ganzheitlich zu gestalten: ~~sowohl im Sinne der staatlichen als auch der menschlichen Sicherheit.»~~

(S. 30) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Insgesamt sollen die Schutz-, ~~Präventions-~~, Abwehr- und Verteidigungsfähigkeiten und die Resilienz der Schweiz und

# femmes protestantes

ihrer Bevölkerung potenzielle Angreifer – staatliche oder nichtstaatliche – davon überzeugen, dass die Kosten eines Angriffs den angestrebten Nutzen übersteigen.»

(S. 31) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Zweitens müssen der Schutz der Bevölkerung vor **ökonomischen, sozialen, gesundheitlichen, umweltbezogenen und geschlechtsspezifischen** Risiken sowie die innere Sicherheit verbessert werden. Die Schweiz muss **sich zudem aktiv im Bereich der Gewalt- und Konfliktprevention engagieren**, mögliche und tatsächliche Angriffe besser abhalten bzw. abwehren und sich vor ihren Auswirkungen besser schützen können. Drittens geht es um die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit. Die Schweiz soll sich so gut wie möglich eigenständig gegen einen bewaffneten Angriff verteidigen können. Für den Fall eines bewaffneten Angriffs, dessen Abwehr die Fähigkeiten der Schweiz übersteigt, **muss kann** die Verteidigung in Kooperation **möglich und vorbereitet sein erwägt werden.**»

(S. 32, Ziel 1) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Bevölkerung und Institutionen sind sich der verschärften Sicherheitslage und **der Notwendigkeit einer umfassenden Sicherheitspolitik** bewusst. Die Bereitschaft, **sich proaktiv für Prävention und Vermeidung zukünftiger Sicherheitsrisiken einzusetzen** und die **in der Schweiz lebende Bevölkerung** mit allen verfügbaren Mitteln zu schützen, ist bei allen relevanten Akteuren und der Bevölkerung hoch.»

(S. 32, Ziel 4) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Kritische Infrastrukturen sind gegenüber Störungen und Angriffen robust. Sie erbringen auch unter erschwerten Bedingungen und bei eingeschränkter Funktionsfähigkeit essenzielle Leistungen für die Gesellschaft. **Genügend Fachkräfte stehen zur Verfügung, auch in Bereichen, die heute einen eklatanten Fachkräftemangel aufweisen wie der Gesundheitsbereich.**»

(S. 32, Ziel 6) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Die Schweiz fördert die europäische Sicherheit durch verstärkte Zusammenarbeit mit der EU, der Nato und bilateralen Partnerschaften. (...) Auch in anderen Regionen der Welt trägt sie **durch die Entwicklungszusammenarbeit, die humanitäre Hilfe und die Friedensförderung** zu Sicherheit und Stabilität bei.»

(S. 33) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Sicherheit verlangt nicht nur Reduktion von Verwundbarkeiten, **sondern auch** Schutz und aktive Abwehr, **sondern vor allem auch Gewalt- und Konfliktprevention.**»

(S. 34, Ziel 9) Folgende Passage präzisierend ergänzen: «Die Armee ist so ausgerüstet, ausgebildet und personell ausreichend und nachhaltig alimentiert, um zu einer glaubwürdigen Abhaltungswirkung (Dissuasion) beizutragen. **und die Schweiz so lange wie möglich eigenständig verteidigen zu können. Sie nutzt die internationale Zusammenarbeit zur Erhöhung ihrer Verteidigungsfähigkeit und erbringt ausbildungs- und einsatzrelevante Gegenleistungen für ihre Partner.** Frauen und genderqueere Personen, die freiwillig der Armee angehören, erleben innerhalb der Armee keine geschlechtsspezifische Gewalt. Diese wird mit allen verfügbaren Mitteln verhindert und bekämpft.»

# femmes protestantes

(S.36, M5) 5 Massnahmen und Umsetzung

Damit die in den drei Stossrichtungen gesetzten Ziele erreicht werden können, sind für jedes Ziel jeweils federführende Departemente und weitere mitarbeitende Stellen definiert und konkrete Massnahmen formuliert. Im Sinne der umfassenden Sicherheit betreffen sie zivile und militärische Mittel und Akteure und beziehen sicherheitspolitisch relevante Aspekte der Aussen-, Innen- und Wirtschaftspolitik mit ein. **Dabei wird sichergestellt, dass Massnahmen und die Umsetzung der Strategie mit anderen Strategien, Prioritäten und Verpflichtungen der Schweiz im Einklang und ergänzend wirken. Dies umfasst insbesondere aber nicht ausschliesslich die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Friedensprozessen folglich der UNO-Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" sowie Prioritäten und Verpflichtungen gemäss CEDAW, der Istanbul-Konvention und der Agenda 2030.**

(S. 37, Ziel 1) Geschärftes Bewusstsein

Bevölkerung und Institutionen sind sich der verschärften Sicherheitslage bewusst. Beeinflussung und Desinformation werden erkannt und sind wirkungslos. Die Bereitschaft, die **in der Schweiz lebende Bevölkerung** mit allen verfügbaren Mitteln zu schützen und zu verteidigen **und dabei insbesondere in die Gewaltprävention und Friedensförderung zu investieren**, ist bei allen relevanten Akteuren und der Bevölkerung hoch.

(S. 37, Ziel 1) Die Zielerreichung ist um folgende Massnahme zu ergänzen: **«Die Schweiz fördert ein umfassendes Verständnis von Sicherheitspolitik. Die Schweizer Bevölkerung wird durch gezielte Investitionen in die Bildung und Öffentlichkeitsarbeit über globale Zusammenhänge und transnationale Sicherheitsrisiken informiert und für die Wichtigkeit von Prävention und Friedensförderung sensibilisiert. Durch die Unterstützung wichtiger in Genf ansässiger internationaler Organisationen fördert sie weltweit das Verständnis und den Einsatz für Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit und das internationale Völkerrecht.»**

(S. 45) Wie auf S. 32 folgende Passage präzisierend ergänzen: **«Auch in anderen Regionen der Welt trägt sie durch die Entwicklungszusammenarbeit, die humanitäre Hilfe und die Friedensförderung zu Sicherheit und Stabilität bei.»**

(S. 46/M18) **Erbringung von Beiträgen an die Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Friedensförderung, die Stärkung und die Erhaltung des Völkerrechts und der Welthandelsordnung**

Im Unterschied zu den Beiträgen bei Reformprozessen von Sicherheitsinstrumenten sowie bei Abrüstungs- und Reintegrationsprozessen nach Bürgerkriegen fehlt bei der Entwicklungszusammenarbeit ein Bekenntnis zu deren Stärkung. Die folgende Passage sollte deshalb ergänzt werden: **«Die Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung sind deshalb integrale Bestandteile der sicherheitspolitischen Prävention der Schweiz, die es zu bewahren und zu stärken gilt.»**

(S. 60) Bis Ende 2028 wird dem Bundesrat ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele unterbreitet. **Der Bericht wird nach Möglichkeit und im Einklang mit dem Ziel einer**

# femmes protestantes

umfassenden Sicherheitsstrategie unter Einbezug sämtlicher föderalen Ebenen sowie aller gesellschaftlichen Bereiche, namentlich Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen, erarbeitet. Dieser Bericht wird auch als Grundlage für die Arbeiten an der nächsten sicherheitspolitischen Strategie dienen.